



# Interviews

24. Juli 2023

## Silvia Engels im Gespräch mit Stefan Müller

**Silvia Engels:** Stefan Müller ist Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Bundestagsfraktion und er ist Vorsitzender der deutsch-spanischen Parlamentariergruppe. Er ist nun am Telefon. – Guten Morgen, Herr Müller!

**Stefan Müller:** Guten Morgen, Frau Engels.

**Engels:** Sie sind als CSU auf europäischer Ebene Mitglied der EVP, also in derselben europäischen Parteienfamilie wie die spanische PP, die Konservativen, die nun stärkste Kraft bei den Parlamentswahlen sind. Folglich freuen Sie sich über den Zuwachs der PP. Aber eine Regierungsmehrheit in absoluten Stimmen hat sie nicht. Sind Sie jetzt auf der anderen Seite erleichtert, dass die PP nun gar nicht in Versuchung kommt, mit der als rechtsradikal beschriebenen Vox zusammenzuarbeiten?

**Müller:** In der Tat freuen wir uns erst mal mit den Freunden in Spanien von der PP. Aber was wir ja tatsächlich erleben ist eine faktische Pattsituation. Die Regierung verliert, wobei die Sozialisten konstant bleiben, aber Podemos Sumar verliert signifikant. Die PP gewinnt deutlich, kann aber nicht alleine regieren, und selbst wenn man, wie Sie sagen, in Versuchung käme, mit der Vox zu regieren, würde das auch keine Mehrheit ergeben. Es bleibt jetzt erst mal abzuwarten, wie es dort weitergeht. Wir haben gerade auch in Ihrem Beitrag schon gehört, dass der PP-Chef Feijóo auch angekündigt hat, eine Regierung bilden zu wollen. Meine Prognose ist aber, dass das lange und kompliziert werden dürfte, und falls das nicht gelingt und auch im Übrigen dem amtierenden Ministerpräsidenten Sanchez nicht gelingt, dann wird es wahrscheinlich zu einer Situation kommen, wie wir sie in Spanien schon mal gesehen haben, 2015 und 2017, eine Blockade der politischen Arbeit, was in der Tat nicht nur für Spanien innenpolitisch ein großes Problem wäre, sondern auch für Europa. Spanien hat aktuell die EU-Ratspräsidentschaft. Wir werden sehen und es bleibt abzuwarten. Ich halte es nicht für ganz unwahrscheinlich, dass es am Ende auch wieder zu Neuwahlen kommt.

**Engels:** Das werden wir gleich noch ausführlicher besprechen, auch gerade der Blick auf die europäische Ebene. Aber lassen Sie uns noch kurz bei Vox bleiben. Diese Partei wird ja häufig als rechtsradikal beschrieben. War es ein Fehler der PP, nicht von vornherein eine Kooperation auszuschließen mit dieser Partei?

**Müller:** Ich glaube, dass diese unklare Haltung der PP tatsächlich einer der Gründe ist, warum die PP nicht noch besser abgeschnitten hat. Es ist ja schon bemerkenswert, dass die PP deutlich hinter den Umfragen bleibt und im Übrigen auch deutlich hinter dem bleibt, was man eigentlich nach den erfolgreichen Regionalwahlen hätte erwarten können. Ich denke, dass da eine Reihe von Fehlern dazukommen. Die Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung von Vox hat ganz offensichtlich mobilisiert und auch die schwammige Haltung dann bei möglichen Regierungsbildungen hat dort mehr irritiert als Klarheit geschaffen. Möglicherweise kommen noch andere Gründe dazu, das muss man jetzt mal in aller Ruhe analysieren, sicherlich auch die Nichtbeteiligung an Wahl-TV-Duellen, und möglicherweise hat man sich zu sehr auf die guten Umfragen verlassen.

**Engels:** Eine Große Koalition zwischen Sozialisten und PP, das ist wahrscheinlich auszuschließen aufgrund der tiefen Verwerfungen zwischen diesen beiden Lagern?

**Müller:** Jedenfalls alle Gesprächspartner, die ich in Madrid gesprochen habe, heute Nacht beziehungsweise auch in den vergangenen Monaten, haben das im Übrigen von beiden Seiten auch immer ausgeschlossen. In der Tat gibt es für Große Koalitionen keine Tradition und die politische Kultur in Spanien, insbesondere zwischen den beiden großen Parteien, ist eine andere, als wir das zum Beispiel in Deutschland kennen.

**Engels:** Dann blicken wir nach vorne, denn so oder so, ob es nun Neuwahlen gibt in Spanien oder eine komplizierte Regierungsbildung droht – Sie haben es angedeutet -, Spanien ist erst mal mit sich selbst beschäftigt und das angesichts der laufenden EU-Ratspräsidentschaft. Bedeutet das, dass nun gar nichts mehr geht in dieser Ratspräsidentschaft?

**Müller:** Zunächst mal wird ja der amtierende Ministerpräsident im Amt bleiben. Das heißt, Herr Sanchez wird weiterhin auf europäischer Ebene auch die Verhandlungen führen. Das ist auch dringend notwendig. Aus europäischer Sicht gibt es ja schon eine ganze Reihe von Themen, die bearbeitet werden müssen, zum Beispiel, dass wir in die heißen Verhandlungen kommen, wenn es um die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes geht. Das wird noch in die spanische Ratspräsidentschaft fallen und von daher ist es sehr wünschenswert, dass jedenfalls die politische Blockade, die jetzt eintreten kann, in Spanien innenpolitisch, nicht dafür sorgt, dass man auf europäischer Ebene nicht weiterarbeiten kann. Aber es wird sicherlich sehr viel schwieriger werden, weil die amtierende Regierung dann erst mal nur geschäftsführend im Amt bleiben kann und möglicherweise auch nicht diesen Rückhalt hat, um auch auf europäischer Ebene diese Themen durchzusetzen.

**Engels:** Und das ist auch deshalb schwierig, weil gerade Spanien als Unterstützer des jüngsten EU-Asylkompromisses galt. Wird es hier nun keine Einigung geben?

**Müller:** Auch das bleibt erst mal abzuwarten, aber auch das gehört genau in diesen Topf von Themen, die derzeit auf europäischer Ebene angesprochen werden. Meine Frage bleibt am Ende, wieviel Kraft hat dann auch eine geschäftsführende Regierung auf europäischer Ebene, wenn sie sich gleichzeitig auf nationaler Ebene um eine neue Regierungsbildung kümmern muss oder nicht klar ist, wie es dort weitergeht, es möglicherweise auch in diesem Jahr noch zu Neuwahlen kommen kann. Es ist sicherlich jetzt zu früh, darüber eine Aussage zu treffen, aber ganz ausschließen kann man es nicht.

**Engels:** Wie sollte sich die Bundesregierung hier aufstellen, die ja einen wichtigen Kooperationspartner jetzt nicht mehr in dieser Stärke neben sich hat?

**Müller:** Aus meiner Sicht sollte die Bundesregierung jedenfalls alles tun, um eine stabile Zusammenarbeit auf europäischer Ebene mit der spanischen Ratspräsidentschaft zu gewährleisten. Da habe ich nun ehrlicherweise keine Zweifel dran, dass die Bundesregierung dies auch tun wird, völlig losgelöst von der Frage, wie unterschiedlich wir jedenfalls in Deutschland bei den einzelnen Themen sind. Aber ich denke, dass es jetzt schon darauf ankommt, dass auch die anderen europäischen Partner, insbesondere Deutschland und Frankreich, hier klarmachen, dass es bei den wichtigen Themen, die jetzt auf europäischer Ebene anstehen, zur Einigung kommen muss.

**Engels:** Herr Müller, soviel zum Thema Spanien. Wir müssen aber noch auf die Innenpolitik zu sprechen kommen und damit auch Ihre Rolle als Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU im Bundestag ansprechen, denn CDU-Chef Friedrich Merz hat gestern im ZDF erstmals eine Kooperation der CDU auf kommunaler Ebene mit der AfD nicht mehr gänzlich ausgeschlossen. Was sagen Sie dazu?

**Müller:** Ich habe jedenfalls Friedrich Merz so verstanden, dass er zum einen gesagt hat, es gibt mit der AfD keine Zusammenarbeit, dass aber dort, wo auf lokaler Ebene AfD-Politiker in Führungsverantwortung gewählt worden sind, zum Beispiel Landräte oder Bürgermeister, alle Parteien auch mit diesen gewählten Führungsverantwortlichen auch zusammenarbeiten müssen und dass das auch die klare Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger in diesen Landkreisen oder Städten und Gemeinden ist.

**Engels:** Das heißt, Sie können sich vorstellen, dass es in Ordnung ist, wenn die CDU künftig gemeinsam mit der AfD in einem Stadtrat für ein Projekt stimmt, für das es sonst keine Mehrheit gäbe?

**Müller:** Zunächst mal bleibt für mich: Es gibt keine Zusammenarbeit mit der AfD. Das ist der Grundsatz und das ist auch das, wie wir in Berlin im Bundestag arbeiten. Es bleibt aber am Ende immer auch die Verantwortung der politisch Verantwortlichen vor Ort oder auch deren Zuständigkeit zu entscheiden, wenn es dort politische Projekte sind, die auch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden müssen, wie dann dafür auch die entsprechenden Mehrheiten zustande kommen. Noch mal: Ich halte das in der Tat für die Erwartungshaltung auch in der Bevölkerung, dass dort zusammengearbeitet wird, unabhängig davon, wer nun tatsächlich an der Spitze eines Landkreises oder beispielsweise einer Stadt steht.

**Engels:** Das ist aber etwas, wo Sie das durchaus moderater sehen als beispielsweise viele in der CDU selbst. Beispielsweise hat der ehemalige saarländische Ministerpräsident Tobias Hans getwittert: „Der Parteitagsbeschluss der CDU besagt, dass jegliche Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen ist. Das hier“ – die Äußerung von Merz – „ist die schleichende Verwässerung von Parteitagsbeschlüssen nach Wahlerfolgen der extremen Rechten.“ – Sie sehen das nicht so krass?

**Müller:** Nein. Sie haben mich ja danach gefragt, wie ich das interpretiere, was Friedrich Merz gesagt hat, und ich habe ihn ganz klar so verstanden, dass er eine Zusammenarbeit mit der AfD ausschließt, dass er aber auch den politisch Verantwortlichen vor Ort nun auch bei der Frage, wie Projekte umgesetzt werden müssen, die dann auch für die Bevölkerung da sein sollen beziehungsweise im Sinne der Bevölkerung sind, wie das zu geschehen hat.

Ich kann nur für mich persönlich sagen und das gilt auch für die CSU: Es gibt hier keine Zusammenarbeit mit der AfD und ich kenne auch keinen Landkreis, keine Gemeinde und keine Stadt in Bayern, wo die CSU mit der AfD zusammenarbeitet. Das gilt auch dort, wo ich politische Verantwortung trage.

**Engels:** Und das würden Sie auch für die CSU in der Zukunft so halten wollen?

**Müller:** Das sehe ich so, ja.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.  
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-  
kussionen nicht zu eigen.*